ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Überkonsolidierung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1983) : Überkonsolidierung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 11, pp. 528-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135854

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Hans-Jürgen Schmahl

Überkonsolidierung?

In puncto Wirtschafts- und Finanzpolitik kann man der Bundesregierung nicht wenige Versäumnisse vorhalten, aber eines nicht: Die versprochene Konsolidierung der Staatsfinanzen betreibt sie mit viel Elan. Wenn das bisher in den Zahlen noch nicht recht sichtbar geworden ist – 1983 wird das Defizit sowohl des gesamten Staatssektors als auch des Bundes allein noch nicht viel niedriger sein als unter der alten Bundesregierung –, so deshalb, weil die Wirtschaftslage dafür zu ungünstig war. Doch das wird nun anders. Für das nächste Jahr ist eine beträchtliche Reduktion des gesamten Staatsdefizits um etwa 12 Mrd. DM zu erwarten. Zu diesem Ergebnis sind die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem jüngsten Gemeinschaftsgutachten zur Konjunkturentwicklung gekommen.

Die Notwendigkeit, die Defizite des Staates wieder auf erträglichere Größen zu reduzieren, ist fast unumstritten. Sie wird selbst von vielen anerkannt, die auch nach den bisherigen schlechten Erfahrungen dem Staat noch große Fähigkeiten zur Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme zutrauen. Damit endet aber auch schon die Gemeinsamkeit. Bei der Frage nach dem „Wie" wird es klar, daß die einen die Konsolidierung mit einer Zurückdrängung des Staatsanteils verbinden wollen, die anderen aber eher an eine weitere Ausdehnung denken. Die Koalition der Konsolidierungsbefürworter ist in Wahrheit eine höchst vordergründig bestimmte Interessengemeinschaft grundverschiedener Denkrichtungen.

So notwendig die Konsolidierung ist, sie darf nicht ohne Rücksicht auf die Folgen betrieben werden. Neuerdings erhält die Sorge einer „Überkonsolidierung" zunehmende Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um das Tempo, in dem die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht werden, sondern auch um die Begleitumstände. Konsolidierung ist unvermeidlich mit restriktiven Direktwirkungen auf die Nachfrage verbunden. Gemessen am eigentlichen Ziel des Vorhabens, nämlich wichtige Grundbedingungen für die Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung auf mittlere Sicht zu verbessern, ist das eine Nebenwirkung. Sie ist nicht zu vermeiden, aber sie muß natürlich bei der Bemessung der Konsolidierungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Eine zu starke Konsolidierung wäre kontraproduktiv. Sie würde die Wirtschaftsentwicklung dämpfen und damit zugleich das Staatsdefizit höher halten, als es bei angemessener Dosierung der Maßnahmen sein würde. Das HWWA hat wiederholt den Standpunkt vertreten, daß es weniger auf eine bestimmte Größe des Staatsdefizits in diesem oder dem nächsten Jahr als auf überzeugende Weichenstellungen für die künftige Entwicklung von Struktur und Niveau der Einnahmen und Ausgaben – und damit letztlich auch des Staatsdefizits – ankommt.

Die Möglichkeit eines „Überkonsolidierens" ist nähergerückt; diese Sorge ist auch im Herbstgutachten der Institute ausgesprochen worden. Es war nicht die „große Zahl" von 12 Mrd. DM, um die das Staatsdefizit 1984 voraussichtlich sinken wird, die sie dazu veranlaßt hat. Vielmehr wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Entwicklung des Staatsdefizits für dieses Urteil kein hinreichender Maßstab sein kann, schon weil sie auch von anderen Einflüssen als der Finanzpolitik bestimmt wird. Erst eine Wirkungsanalyse aller finanzpolitischen Maßnahmen erlaubt eine Aussage über die Wirkung dieser Politik. Diese wird allerdings als „beachtlich restriktiv" eingeschätzt; die Einsparungsmaßnahmen sind gewichtig, ihnen stehen kaum Entlastungen gegenüber.

Doch ein allein auf die kurzfristigen Kreislaufwirkungen gestütztes Urteil wäre natürlich nicht vollständig. Restriktive Kreislaufwirkungen sind, wie schon gesagt, mit einer Konsolidierungspolitik unvermeidlich verbunden. Auch ein erhebliches Ausmaß solcher Kreislaufwirkungen würde es noch nicht rechtfertigen, von der Gefahr einer Überkonsolidierung zu sprechen – wenn das Gegengewicht in Form von mittelfristig verbesserten Bedingungen und Erwartungen für die Wirtschaftsentwicklung gesichert erschiene. Aber eben daran fehlt es allem Anschein nach; dies hat auch die jüngste Umfrage des DIHT bestätigt.

Die Art der Konsolidierungspolitik ist es, die nicht geeignet ist, den negativen Kreislaufwirkungen dieser Politik ausreichende positive Erwartungswirkungen gegenüberzustellen. Die Grenzbelastung der Einkommen, die Höhe der Subventionen und das Ausmaß der Bürokratie sind nicht kleiner, sondern sogar größer geworden. Und in der Ordnungspolitik ist wenig geschehen, um die Funktionsfähigkeit der Märkte wieder zu vergrößern. Im Lichte solcher Mängel der Politik kann eine Konsolidierung der Staatsfinanzen, deren negative Kreislaufwirkungen sonst akzeptiert werden könnten, leicht zur Überkonsolidierung geraten.